

Deutschland-Mühldorf a. Inn: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 70/2023 07/04/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Mühldorf a. Inn

Postanschrift: Töginger Strasse 18

Ort: Mühldorf a. Inn

NUTS-Code: DE21G Mühldorf a. Inn

Postleitzahl: 84453

Land: Deutschland

E-Mail: hochbauverwaltung@lra-mue.de

Telefon: +49 8631699582

Fax: +49 8631699383

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.lra-mue.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/7B934A24-1753-40BF-8421-88ABB3CC0BE6

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/7B934A24-1753-40BF-8421-88ABB3CC0BE6

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Ruperti-Gymnasium Mühldorf Erweiterung G9 - Technische Ausrüstung HLS

Referenznummer der Bekanntmachung: n.def.

II.1.2.

CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Leistungen der Technischen Ausrüstung Anl. Gr. 1, 2, 3, 7, 8 gemäß §§53 ff. HOAI, Leistungsphasen 1-9 (bei stufenweiser Beauftragung)

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21G Mühldorf a. Inn

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anl. Gr. 1, 2, 3, 7, 8 gemäß §§53ff. HOAI, Leistungsphasen 1-9 bei stufenweiser Beauftragung.

Das Landratsamt Mühldorf am Inn hat die Erweiterung G9 des Ruperti-Gymnasiums an der Herzog-Friedrich Str. 16-18 in Mühldorf am Inn geplant.

Am Hauptgebäude entlang der Herzog-Friedrich-Str. sollen auf drei Ebenen 9 Klassenräume für das G9 realisiert werden.

Kosten:

Die Kostenschätzung (Stand Februar 2023) endet mit ca. 3,65 Mio. EUR brutto KGR 200-700.

Termine:

Planung: umgehend nach Beauftragung

Baubeginn: ab II. Quartal 2024 in Abstimmung mit der Förderbehörde

Bauliche Fertigstellung: III. Quartal 2025

Nutzungsaufnahme: September 2025

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projekteinschätzung / -analyse: Besonderheiten und Schwierigkeiten der Maßnahme / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Projekteinschätzung / -analyse: Herangehensweise für die Entwicklung einer wirtschaftlichen Lösung / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Qualitätssicherung in der Planung und Ausführung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Kostenplanung und -sicherung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Terminplanung und -sicherung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Konzept zur Koordination der Planung / Gewichtung: 10

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 27

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

- Die Laufzeit des Vertrages wurde bis einschließlich Leistungsphase 8 berücksichtigt. Die Leistungsphase 9 beginnt im Anschluss.
- Zusätzliche Leistungen oder Besondere Leistungen

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

- Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister gem. Ziffer III.1.1)
- Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. Ziffer III.1.2)
- Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gem. Auswahlkriterien Ziffer III.1.3)

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung;

Zusätzliche oder Besondere Leistungen;

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Bieterfragen sind umgehend schriftlich über die Vergabepattform an die Vergabestelle zu richten. Fragen die nach dem 02.05.2023 gestellt werden können aus organisatorischen Gründen nicht mehr beantwortet werden.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag (Bewerbungsbogen) sind die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise abzugeben

(Beabsichtigt ein Bewerber, die Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit Dritten (Unterauftrag/Eignungsleihe)

zu erbringen, müssen die nachfolgend genannten Nachweise/ Angaben auch für diese erbracht werden):

a) Nachweis der Berufsqualifikation, Bewerber müssen nachweisen, dass die vorgesehenen Leistungserbringer

über eine entsprechende Ausbildung (Berufsbezeichnung: Ingenieur/in) verfügen zur Erbringung der Leistung.

Durch einen Berufs- oder Handelsregistrauszug oder auf andere Weise. (§ 44 VgV);

b) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB 2016 vorliegen, oder andernfalls entsprechende

Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB getroffen wurden (hierfür sind Nachweise vorzulegen).

Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage weiterer Nachweise zu Eigenerklärungen nachzufordern;

(§48 VgV);

c) Eigenerklärung nach VgV 2016 § 73 Abs. 3, die Leistungserbringung erfolgt unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen;

d) Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er die folgenden Nachweise zu erbringen:

1. Nachweis der Vertretungsberechtigung für den bevollmächtigten Vertreter;

2. Nachweis, dass die auftragsgegenständlichen Leistungen zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck gehören;

3. Namen und berufliche Befähigung der Personen (siehe a), die für die Erbringung der Leistung als verantwortlich vorgesehen sind;

e) Ist der Bewerber eine Bewerbergemeinschaft, hat er die folgenden Nachweise zu erbringen:

1. Erklärung aller Mitglieder zur Bildung einer Bietergemeinschaft;

2. Nachweis der Vertretungsberechtigung für den bevollmächtigten Vertreter;

3. Darstellung welches Mitglied welche Leistung erbringen wird.

4. Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

f) Erklärung zur technischen

Ausstattung (§46 (3) 9 VgV). Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten

der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann

der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bewerber oder Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen muss

(§ 47 Abs.2VgV). Nimmt der Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick

auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame

Haftung des Bewerbers oder Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der

Eignungsleihe verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eine Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für entsprechende Dienstleistungen, in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (§45 VgV);

2.) Erklärung des Bewerbers durch Unterschrift der Bewerbung, dass im Auftragsfall der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung vorgelegt wird.

1. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit [max. 40 Punkte]

1.1 Durchschnittlicher Umsatz vergleichbarer

Dienstleistungen im Mittel der letzten 3 Jahre [max. 40 P bei ≥ 300.000 €];

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssumme in Höhe von

– für Personenschäden: 2.000.000 EUR;

– für sonstige Schäden: 2.000.000 EUR bei einem in der EG zugelassenen

Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut.

Zudem muss die Ersatzleistung der Versicherung mindestens das Zweifache der o. g.

Deckungssummen pro

Jahr betragen. Die Versicherung muss mindestens für die Dauer der Ausführungsfrist (siehe Ziff. II.2.7) z. B.

unbefristet, sich automatisch verlängernd o. ä. abgeschlossen sein. Im Falle einer

Bewerbergemeinschaft ist

von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine Versicherung zu den o. g. Bedingungen nachzuweisen.

Im Fall einer Bewerbergemeinschaft ist gleichzeitig eine Erklärung des Versicherers bzw. die entsprechende

Passage aus dem Vertrag / den Bedingungen beizufügen, wonach die Versicherung auch bei der Betätigung

des Bewerbers als Partner einer Arge, bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer verursacht werden, zu den

o. g. Bedingungen eintritt.

1.) Beabsichtigt der Bewerber Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, so hat er die vorgesehenen Unterauftragnehmer (sowie den Umfang) zu benennen

und für sie und ggf. für noch weiter nachgeordnete Unternehmen mit der Bewerbung einen eigenen

vollständigen Bewerbungsbogen abzugeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

2.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch

zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen

Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für

den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine

entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt.

Bietergemeinschaften müssen als gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft auftreten. Eine

entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. Eine Doppelbewerbung ist nicht zulässig.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

2. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit [max. 360 Punkte]

2.1 Beschäftigte (Festangestellte

Mitarbeiter) im Mittel der letzten 3 Jahre [max. 40 P bei ≥ 5 MA];

2.2 Qualifikation und Erfahrung Projektleiter; Darstellung von einem Referenzobjekt für die ausgeschriebenen Leistungen:

2.2.1 Berufserfahrung [max. 20 P bei ≥ 10 Jahre];

2.2.2 Erweiterung eines Gebäudes im laufendem Betrieb [20 P];

2.2.3 Zusatzpunkte Gebäude mit vergleichbaren Planungsanforderungen / Schulbau (Honorarzone II, §56, Abs. 3 HOAI) [10 P];

2.2.4 Referenz für öffentlichen Auftraggeber (i.S.d. § 98 GWB) mit Anwendung öffentliches Vergaberecht [5 P];

2.2.5 vergleichbare Herstellkosten, min. 0,5 Mio. € (KGR 410+420+430+470+480, brutto) [max. 20 P];

2.2.6 vollständig erbrachte Leistungsphasen (LP 2-8) nach HOAI innerhalb des Referenzzeitraums ab 01.01.2017 bis Abgabe Teilnahmeantrag [max. 16 P];

2.3 Qualifikation und Erfahrung stellvertretender Projektleiter; Darstellung von einem Referenzobjekt für die ausgeschriebenen Leistungen:

2.3.1 Berufserfahrung [max. 20 P bei ≥ 10 Jahre];

2.3.2 Erweiterung eines Gebäudes im laufendem Betrieb [20 P];

2.3.3 Zusatzpunkte Gebäude mit vergleichbaren Planungsanforderungen / Schulbau (Honorarzone II, §56, Abs. 3 HOAI) [10 P];

2.3.4 Referenz für öffentlichen Auftraggeber (i.S.d. § 98 GWB) mit Anwendung öffentliches Vergaberecht [5 P];

2.3.5 vergleichbare Herstellkosten, min. 0,5 Mio. € (KGR 410+420+430+470+480, brutto) [max. 20 P];

2.3.6 vollständig erbrachte Leistungsphasen (LP 2-8) nach HOAI innerhalb des Referenzzeitraums ab 01.01.2017 bis Abgabe Teilnahmeantrag [max. 16 P];

2.4 Darstellung von 3 Referenzobjekten für die ausgeschriebenen Leistungen im v.g. Referenzzeitraum Wertungskriterien:

2.4.1 Referenzen:

2.4.1.1 Erweiterung eines Gebäudes im laufendem Betrieb [20 P];

2.4.1.2 Erweiterung eines Gebäudes im laufendem Betrieb [20 P];

2.4.1.3 Neubau / Erweiterung eines Gebäudes [20 P]

2.4.2 Zusatzpunkte Gebäude mit vergleichbaren Planungsanforderungen / Schulbau (Honorarzone II, §56, Abs. 3 HOAI) [je Referenz 5 P];

2.4.3 Referenz für öffentlichen Auftraggeber (i.S.d. § 98 GWB) mit Anwendung öffentliches Vergaberecht [je Referenz 5 P];

2.4.4 vergleichbare Herstellkosten, min. 0,5 Mio. € (KGR 410+420+430+470+480, brutto) [je Referenz max. 20 P];

2.4.5 vollständig erbrachte Leistungsphasen (LP 2-8) nach HOAI innerhalb des Referenzzeitraums ab 01.01.2017 bis Abgabe Teilnahmeantrag [je Referenz max. 16 P];

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die

einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

- a) Personen, die die geschützte Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur tragen;
- b) juristische Personen, wenn die verantwortliche Person für die Durchführung der Aufgabe ein Berufsangehöriger nach a) ist.;
- c) Falls im jeweiligen Herkunftsstaat (Sitz des Bewerbers) die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG –
Berufsanerkennungsrichtlinie – gewährleistet ist.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 08/05/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 01/06/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/09/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Auf anderem, nicht mit den angegebenen elektronischen Mitteln über das Vergabeportal übermittelte Teilnahmeanträge, wie Post, E-Mails, Fernschreiben, Telegramme, Telebrief, Telex, und Telefaxe sind nicht zugelassen. Zusätzliche bzw. ergänzende Bewerbungsunterlagen auf Datenträgern werden nicht berücksichtigt. Die Unterlagen sind wie durch das Vergabeportal vorgesehen dort einzureichen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80534

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.
- (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

05/04/2023